

Antrag

der Fraktion der CDU

Zukunftsplan für Berliner Zentren und Kieze – Ein Aktionsprogramm zur Bewältigung der Pandemiefolgen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit allen Berliner Bezirken, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, der Senatsverwaltung für Verkehr und Umwelt sowie relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft (insbesondere aus den Bereichen Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus, Kultur und Wohnungswirtschaft) eine Task-Force einzurichten, die bis zum 30. April 2021 ein Aktionsprogramm („Zukunftsplan“) des Landes Berlin zur Bewältigung der Pandemiefolgen sowie zur langfristigen Sicherung und Entwicklung lebendiger Kieze und Zentren erarbeitet.

Der „Zukunftsplan“ soll unter anderem folgende Bausteine enthalten:

- Eine Analyse der Pandemiefolgen für die gewachsene Kiez- und Zentrenstruktur Berlins sowie eine Szenarienbeschreibung für die wirtschaftlich von den Folgen der Pandemie voraussichtlich am schwersten betroffenen Standorte
- Die finanzielle Stärkung und Entbürokratisierung von Förderkulissen wie dem Programm „Lebendige Zentren und Quartiere“ mit der ausdrücklichen Zielsetzung der Bewältigung von Pandemiefolgen
- Die Entwicklung einer Förderkulisse für kleine und mittlere Gewerbetreibende, die ohne gezielte Unterstützung nicht zur individuellen Bewältigung der Pandemiefolgen in der Lage sein werden
- Zusätzliche Unterstützung für die digitale Transformation und eine offensive Innovationsförderung für den Berliner Einzelhandel

- Eine Bestandsaufnahme städtebaulicher Defizite im öffentlichen Raum, die einer zukunftsfähigen Entwicklung der gewachsenen Berliner Kiezzentren entgegenstehen sowie Handlungsempfehlungen zur Belebung des öffentlichen Raums (einschließlich kurzfristiger Unterstützungsmaßnahmen wie die Aussetzung hinderlicher Verwaltungsvorschriften, finanzielle Förderung der Umsetzung sowie konkrete administrative Hilfe bei der Vernetzung der Beteiligten vor Ort (Hilfe zur Selbstorganisation))
- Eine angemessene Ausstattung und zügige Umsetzung des Pilotprojektes „Erdgeschoss-Management in Zentren und Geschäftsstraßen“
- Eine Evaluation und Perspektive für Standorte mit großen Kaufhäusern unter Berücksichtigung innovativer Nutzungskonzepte, die neben dem bisher bestehenden Handel auch die Unterbringung von Freizeit und Kultur, (Klein-)Gewerbe, sozialen Einrichtungen oder Kindertagesstätten umfassen

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2021 berichten.

Begründung:

Laut einer aktuellen Studie der IHK Berlin stehen 8% der Berliner Unternehmen vor der Insolvenz. Schwer getroffen sind insbesondere die Innenstadtbereiche, die von ihrer Laufkundschaft leben. Dies gilt nicht nur für die Gastronomie, sondern z.B. auch für den Handel für den nicht-täglichen Bedarf sowie den Dienstleistungssektor. Ebenfalls betroffen ist das *klassische Berliner Kaufhaus*, das vorher schon stark unter ökonomischen Druck stand.

Wenn die lieb gewonnenen Geschäfte und Dienstleister, die häufig den Reiz der vielen (kleinen) Einkaufsstraßen in Berlin ausmachen, schließen müssen, dann drohen die Kieze und Unterzentren dauerhaft ihren individuellen Reiz zu verlieren. Die Folge der drohenden Insolvenzen ist der Lehrstand von Ladengeschäften sowie häufig der Nachzug von finanzstarken Ladenketten mit den immer gleichen Angeboten. Vermutlich werden auch verstärkt Ladengeschäfte eröffnet, die der Geldwäsche dienen. Auf jeden Fall könnten viele Kieze ihren individuellen Charme verlieren. Dem gilt es frühzeitig und entschieden entgegenzuwirken.

In dieser außergewöhnlichen Zeit gilt es auch, außergewöhnlich zu denken und zu handeln – und zwar schnell. Die Vernetzung der betroffenen Unternehmen gilt es herzustellen, denn die Unternehmer vor Ort wissen häufig am besten, welche Maßnahmen ihnen helfen würden. Es müssen kurzfristige Maßnahmen ergriffen und die Voraussetzungen für eine langfristige Attraktivität der Einkaufsstraßen geschaffen werden. Häufig könnte schon die Aussetzung von administrativen Vorgaben helfen – wie die vorübergehende intensivere Nutzung des Straßenlandes, die Aufhebung von Parkverbotszonen oder der intensiven Parkraumbewirtschaftungen. Solche Maßnahmen sind kurzfristig zu erörtern und mit den betroffenen Verwaltungen umzusetzen. Und natürlich sind diese Umbauprozesse vom Land Berlin finanziell zu unterstützen.

Eine gesonderte Herausforderung werden einzelne Kaufhausstandorte sein. Die Kaufhäuser waren in der Vergangenheit häufig der Kundenmagnet auch für die angrenzenden Geschäfte und Dienstleister. Das Geschäftsmodell stand aber schon vor der Krise unter Druck, durch verändertes Kaufverhalten und den Onlinehandel. Hier gilt es, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und die Flächen anders zu nutzen. So kommt auch die Nutzung durch Kunst, Kultur, Freizeit, soziale Träger oder auch Kindertagesstätten in Betracht. Ebenfalls könnte Gewerbe oder die

temporäre Nutzung durch Start-ups die (ehemaligen) Kaufhäuser bereichern. Sicher wird für jeden in Frage kommenden Standort ein individueller Nutzungsmix zu erarbeiten sein.

Die ökonomische Krise in Folge der Pandemie ist eine große Herausforderung für die Stadt, sie bietet aber die Möglichkeit, durch entschiedenes Handeln oder das Abschaffen überkommener Verwaltungsvorschriften Strukturen zu verändern, deren Veränderung man sonst nicht in Angriff genommen hätte. In der Krise liegt auch die Chance zur Verbesserung – aber das setzt den Mut zu Entscheidungen voraus.

Berlin, 16. Februar 2021

Dregger Gräff Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU